

Interpellation von Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE)

Schutz für verfolgte Christen

Ich bitte den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Seit dem Urteil der Asylrekurskommission im Jahr 2006 gilt auch nichtstaatliche Verfolgung als Asylgrund. Wie viele Asylgesuche wurden seither mit der Begründung nichtstaatlicher Verfolgung gestellt? Wie viele davon wurden gutgeheissen?
2. Wie viele Asylsuchende gaben in den letzten Jahren als Begründung die staatliche oder nichtstaatliche Verfolgung aus Glaubensgründen an? Wie viele von ihnen aufgrund des christlichen Glaubens? Wie viele aufgrund einer Konversion zum christlichen Glauben?
3. Der Bundesrat verweist im Zusammenhang mit seinem Einsatz für verfolgte Christen jeweils auf seine integrale Menschenrechtspolitik (vgl. 00.3115 Interpellation Studer Heiner). In welchen konkreten Beispielen hat sich der Bundesrat in bilateralen oder multilateralen Gesprächen im Speziellen zugunsten von Christen eingesetzt?
4. Über welche Druckmassnahmen verfügt die Schweiz, um Forderungen nach verstärktem Schutz von Glaubensverfolgten gegenüber Drittstaaten durchzusetzen?
5. Ist der Bundesrat bereit, wirtschaftliche Sanktionen gegenüber einem Staat mit offensichtlichen Verletzungen der Religionsfreiheit in Betracht zu ziehen?
6. Ist der Bundesrat bereit, ausserhalb des normalen Asylverfahrens ein zusätzliches Kontingent für Glaubensverfolgte (insbesondere verfolgte Christen) zu schaffen?
7. Inwiefern wirkt die Schweizer Vertretung im UNO-Menschenrechtsrat auf die Verurteilung von Ländern hin, in denen Menschen aufgrund ihres christlichen Glaubens verfolgt werden?

Begründung:

Es darf nicht sein, dass Artikel 18 der UNO-Menschenrechtserklärung immer mehr zur Farce wird. Wenn Religionsfreiheit nicht gewährleistet ist, sind viele andere Menschenrechte auch in Mitleidenschaft gezogen.

Drei von vier aus religiösen Gründen verfolgte Menschen sind Christen. Jeder zehnte Christ wird heute diskriminiert, verfolgt oder gar mit dem Tod bedroht. Weltweit sind 200 Millionen Christen unmittelbar davon betroffen. Es steht einem Land mit christlicher Tradition gut an, sich für Menschen einzusetzen, die wegen ihrer Glaubensüberzeugung benachteiligt werden oder gar in ihrer Existenz bedroht sind.

Eingereicht am 28. Mai 2008